

Michael Schlecht, Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE.

Absturz

Mit der Weltwirtschaft geht es abwärts. Wie viele andere Länder ist Deutschland bereits im Sommer 2008 in die Rezession gerutscht. Und niemand weiß so genau wie tief der Sturz werden wird. Denn es handelt sich nicht um einen „normalen“ konjunkturellen Abschwung, sondern um die schwerste Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg.

Für DIE LINKE sind damit enorme Herausforderungen verbunden. Bei vielen Menschen besteht erheblicher Orientierungsbedarf. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse werden nicht mehr weitgehend akzeptiert, sondern breit hinterfragt. In den Medien wird rauf und runter die Frage diskutiert, ob der Kapitalismus gescheitert und der Sozialismus die bessere Perspektive sei. Im politischen Diskurs werden innerhalb von wenigen Wochen Forderungen diskutierbar, die noch bis September 2008 als linksradikale Spinnerei gegolten haben. Zum Beispiel die Frage der Vergesellschaftung der Banken und Kreditinstitute. In Umfragen tragen plötzlich über 50 Prozent der Befragten derartiges Vorgehen mit.

Das zentrale Markenzeichen der Partei DIE LINKE ist das Eintreten für soziale Gerechtigkeit. Das ist gut so, muss erhalten und weiter ausgebaut werden. Aber in Anbetracht der wirtschaftlichen Rezession und dem Crash der Finanzmärkte muss die wirtschaftspolitische Kompetenz ausgebaut und breit gestärkt werden. Hierzu reicht es nicht, dass die Parteispitze sich um orientierende Positionierungen bemüht. Wir brauchen die breite Rückkoppelung und Debatte in der Partei sowie die Befähigung großer Teile der Partei unsere wirtschaftspolitischen Alternativen vor Ort zu vertreten und mit den Orientierung suchenden Menschen zu kommunizieren.

Das Casino explodiert

Seit September wurde die Krise, ja der drohende Zusammenbruch des Weltfinanzsystems offensichtlich. Es gärte schon lange. Bereits seit Februar 2007 ist die „Subprimekrise“ offensichtlich. Immer mehr Hypotheken und von ihnen mehrfach abgeleitete Kunstprodukte erwiesen sich als „faul“. Im Laufe des Jahres 2007 mussten bereits Banken weltweit hunderte von Milliarden abschreiben.

Mancher Banker frohlockte im Frühjahr 2008, dass das Schlimmste bereits überstanden sei. Irrtum! Alles war nur Ouvertüre. Jetzt ging es erst richtig los. Am 7. September wurden die sehr großen US-Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac faktisch verstaatlicht. Ihre Verschuldung von fünf Billionen Dollar führte zu einer ver-

kappten Steigerung des US-amerikanischen Staatsdefizites um 50 Prozent. Richtig dramatisch wurde es, als am 15. September eine der großen US-Banken – Lehman Brothers – Pleite ging. „Es drohte ein systemischer Zusammenbruch, der für sich genommen zu einem weltweiten Kollaps von Banken, Versicherungen und anderen Finanzinstitutionen geführt hätte.“¹

Bislang war es üblich, dass Banken sich untereinander kurzfristig, zum Teil nur für Stunden Geld ohne Sicherheiten ausliehen. Jetzt, mit der Lehman-Pleite war das Vertrauen weg. Das sogenannte Interbankengeschäft kam weitgehend zum Erliegen.

Und dies blieb nicht ohne Folgen. In dem Maße, in dem Banken auf die Refinanzierung durch das Interbankengeschäft angewiesen waren, krachte es. Auch Steinbrück und Merkel mussten begreifen, dass der Sturm nicht an Deutschland vorbei brausen würde. Die Depfa, eine in Irland angesiedelte Tochter der Hypo-Real-Estate (HRE), hatte auf kurzfristige Refinanzierungen durch das Interbankengeschäft gesetzt. Jetzt summierten sich in kürzester Zeit dramatische Verluste, die letztlich von der deutschen HRE zu tragen waren. Um die Bank zu retten wurde am 5. Oktober von der deutsche Regierung und Vertretern der Finanzbranche ein Rettungspaket in der Größenordnung von 50 Milliarden Euro aufgelegt. Davon entfielen rund 26 Milliarden Euro auf Bürgschaften, die vom deutschen Staat übernommen wurden.

Wenige Tage zuvor – am 3. Oktober – hatte der amerikanische Kongress im zweiten Anlauf einen 700 Milliarden Dollar schweren Rettungsplan für den amerikanischen Finanzsektor beschlossen. Die deutsche Regierung peitschte ebenfalls ein Rettungspaket für die Banken durch das Parlament, das am 13. Oktober mit einem Volumen von fast 500 Milliarden Euro in Kraft trat. Rechnet man die Hilfspakete für die Banken aller europäischen Länder zusammen, so sind 1,7 Billionen Euro bereit gestellt worden.

Vielen Menschen wird schwindelig in Anbetracht dieser Beträge. In der Vergangenheit hieß es doch immer es sei kein Geld da, es müsse gespart werden. Sechs Milliarden für den sofortigen Ausbau der Kindertagesstätten oder sieben Milliarden Euro für eine Anhebung von Arbeitslosengeld II auf 435 Euro seien nicht da. Aber um Banken mit milliardenschweren Stützungsaktionen aufzufangen ist genug Geld da. Und zwar im Handumdrehen.

Ob alle Hilfspakete reichen und wie es weitergeht weiß niemand. Die es behaupten sind Scharlatane. Das ist ja gerade das besondere der Finanzmarktkrise: Niemand

¹ Sachverständigenrat Jahresgutachten 2008/2009, Seite 117

durchschaut das System in seiner Gesamtheit und kann die Risiken abschätzen. Die Vertreter des Kapitals – allesamt gute Bürger – sehen bei jeder Hausbesetzung, bei jeder Demo, die mit Randalen abläuft, die Gefahr der Anarchie. Blödsinn!

Die wahren Anarchisten sind diejenigen, die die Hedge-Fonds ins Land gelassen haben. Es sind die, die das Casino geöffnet haben, die Leerverkäufe und andere nette Glücksspiele zugelassen haben. Es sind die, die vor den Gefahren der Heuschrecken gewarnt und gleichzeitig den Private-Equity-Unternehmen den roten Teppich ausgerollt haben. Sie haben alle Freiheiten für das Finanzkapital erkämpft. Tatbeteiligt waren Schröder, Fischer und Eichel. Tatbeteiligt sind Merkel und Steinbrück. Und wie sie noch alle heißen – weltweit. Und herausgekommen ist die blanke Anarchie, die sich in despotischer Gewalt äußert.

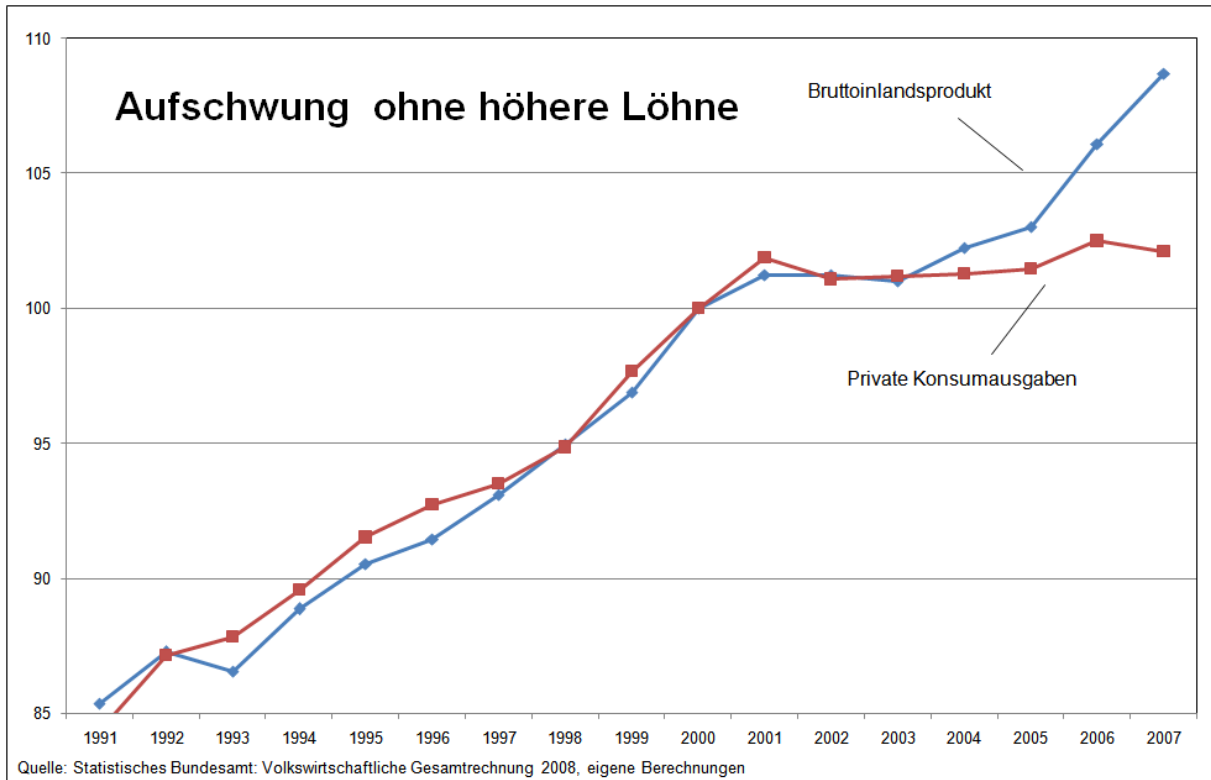
Finanzmarktkrise schlägt auf die Realwirtschaft durch

Wenn Banken sich nicht mehr vertrauen, keine Kredite mehr untereinander ausleihen, dann haben sie auch weniger Spielraum für die Vergabe von Krediten an Industrie- oder Dienstleistungsbetriebe. Außerdem werden sie angesichts der unsicheren Entwicklung zurückhaltender. Sie verlangen mehr Sicherheiten und sie verschlechtern die Kreditkonditionen. So setzt eine Kreditklemme ein. Diese kann soweit gehen, dass zunächst bei einzelnen Unternehmen oder auch Branchen gar keine Kredite mehr vergeben werden. Egal auf welche Konditionen sich der Kreditnehmer auch einlassen würde. Dies ist einer der Mechanismen, wie die Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft durchschlägt.

Diese Tendenz zur Kreditklemme führte bereits neben anderen Mechanismen dazu, dass in den USA die Krise in der Realwirtschaft zusätzlich verstärkt worden ist. Ähnliche Verwerfungen gibt es auch in vielen anderen Ländern. In der Folge ist die gesamte Weltwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Weltweit werden Investitionen zurückgefahren. Deshalb geht auch die Nachfrage nach deutschen Produkten zurück. Für den Exportjunker Deutschland ist die einbrechende Exportnachfrage der zweite Mechanismus, wie die weltweite Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft durchschlägt.

Deutschland in der Rezession

Seit Mitte November herrscht Gewissheit: Deutschland steckt in der wirtschaftlichen Rezession. Und ebenso die gesamte EU. Die Regierung behauptet, der konjunkturelle Abbruch sei Folge der Finanzmarktkrise. Das ist falsch. Das Wachstum schwächte sich bereits Ende 2007 ab. Und der konjunkturelle Einbruch begann bereits um die Jahreswende 2007/08.



2003/04 begann der jetzt abstürzende Konjunkturzyklus. Er wurde ausgelöst durch einen starken Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen um rund fünf Prozent, vor allem um verschlissene Maschinen zu erneuern. Die Unternehmer hatten jahrelang nicht investiert. Und irgendwann ging es nicht mehr ohne Ersatzinvestitionen. Hinzu kam eine noch einmal deutlich gestiegene Exportnachfrage, da in vielen Ländern die wirtschaftliche Entwicklung richtig brummte. Neben den Hauptabsatzmärkten in der EU mit Frankreich an der Spitze und den USA gewannen deutsche Unternehmer immer größere Absatzmärkte in China, Indien, Brasilien und Russland.

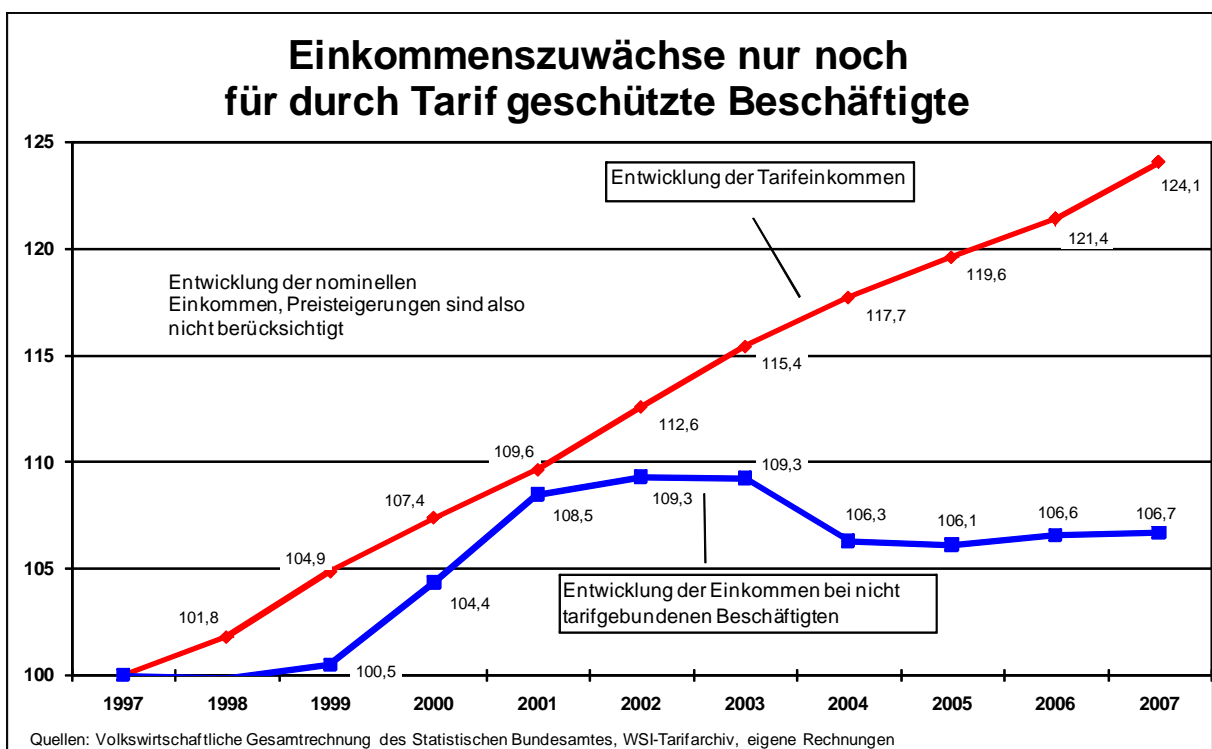
In der Vergangenheit gehörte zu dem Verlaufsmuster jedes Aufschwunges auch eine leicht zeitversetzte Steigerung der Löhne. Im jetzt zu Ende gehenden geschah dies nicht. Auch wenn die Kanzlerin immer wieder vollmundig behauptete, dass der Aufschwung bei den Menschen angekommen sei, blieb dies eine regierungsamtliche Wahnvorstellung. Der jetzige Kanzlerkandidat Steinmeier verstieg sich im Juli 2007 gar dazu den Aufschwung zu einem „Wirtschaftswunder“ hochzustilisieren. Den ausgebufften Spiegelredakteuren, denen er dies versuchte weißzumachen, fielen vor lauter Sprachlosigkeit glatt die Kinnladen herunter.

Im jüngsten Aufschwung klafft zwischen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes und dem des privaten Konsums eine massive Lücke: Das Bruttoinlandsprodukt ist zwischen 2004 und 2007 um knapp acht Prozent gestiegen. Der private Konsum aber kam mit einem Anstieg von nicht einmal einem Prozent praktisch nicht vom Fleck. Zur längerfristigen Absicherung des Aufschwungs hätte auch die Konsumnachfrage

anziehen müssen. Im Jahr 2007, mitten im Aufschwung, ist der private Konsum sogar geschrumpft. Und auch im laufenden Jahr wird er mit -0,4 Prozent weiter sinken. Bei der staatlichen Nachfrage fehlen ebenfalls bis heute durchgreifende Impulse. Schließlich wollte Steinbrück schnellstmöglich einen ausgeglichen Haushalt hinbekommen.

Die Profite der Unternehmer stiegen seit 2003 um über 40 Prozent an. Die Tariflöhne legten um rund zehn Prozent zu. Viel zu wenig. Nach Abzug der Preissteigerung von mehr als sieben Prozent verblieb gerade einmal ein geringfügiges Plus. Bei den Beschäftigten ohne Tarifschutz – 40 Prozent aller Beschäftigten, 2000 waren es „erst“ 30 Prozent – verlief die Entwicklung jedoch richtig krass. Bei ihnen wurden die Einkommen um drei Prozent gesenkt. Berücksichtigt man dann noch die Preissteigerung, errechnet sich ein Reallohnverlust von zehn Prozent.

Hierfür ist Rot-Grün in Tateinheit mit CDU/CSU und FDP verantwortlich. Befristungen, Leiharbeit, Mini-Jobs und der Fortfall jeglichen Zumutbarkeitsschutzes für angebotene Jobs beim Arbeitslosengeld II führen zu massivem Lohndumping. Und dieses Lohndumping wirkt sich besonders verheerend aus, wenn kein Tarifschutz besteht. Dann sind wir nämlich zurück im Frühkapitalismus. „Allein machen sie dich ein,“ das kennt eigentlich jede und jeder. Und so ist ein immer größerer Niedriglohnsektor entstanden. Mittlerweile arbeiten hier knapp acht Millionen Menschen. Das sind über 22 Prozent aller Beschäftigten. Damit ist Deutschland Europameister. Und wenn es so weitergeht werden demnächst die USA mit 25 Prozent Niedriglohnsektor überholt.



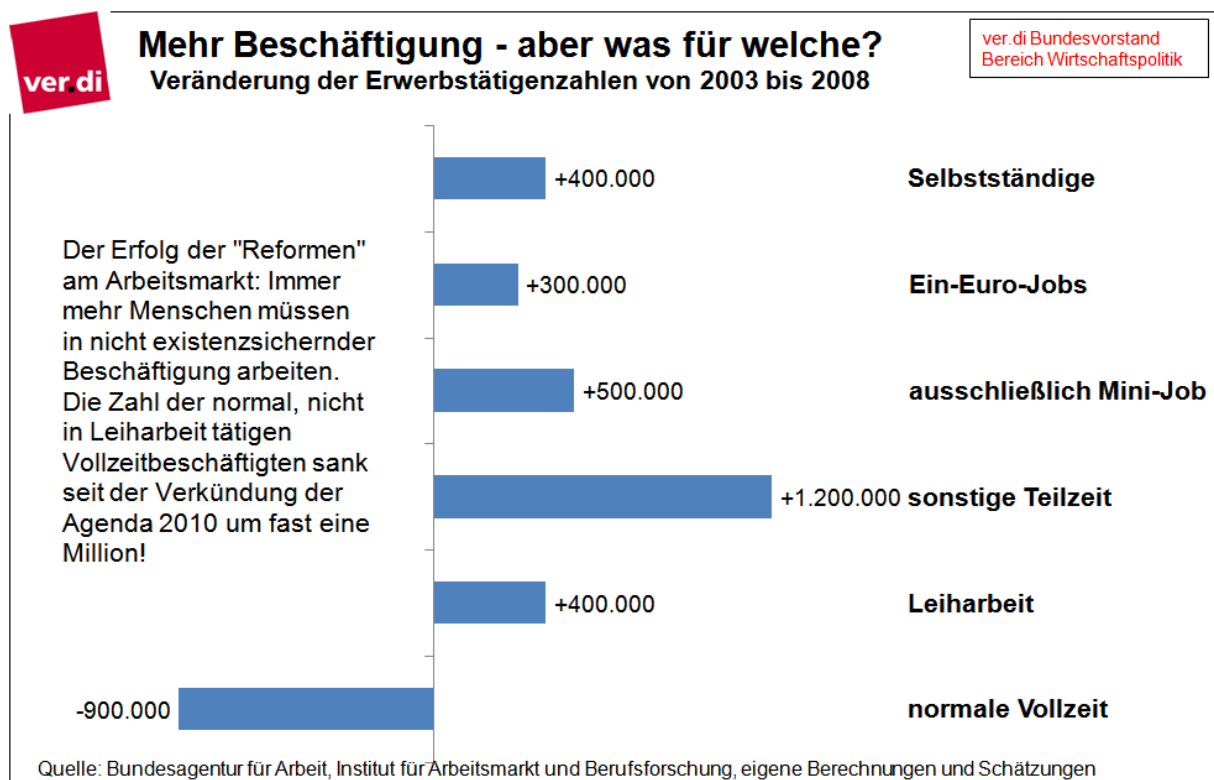
Über diesen sozialpolitischen Skandal ist schon viel geschrieben und diskutiert worden. Aber dieser Skandal hat eine wirtschaftspolitische Seite: Die massive Umverteilung führt zu einer drastischen Schwäche der Binnennachfrage. Und diese Schwäche bewirkte, dass der Aufschwung zu keinem Zeitpunkt von Seiten des Konsums eine Unterfütterung erhielt. In dem Moment als die Impulse aus dem Investitionsschub nachließen, kippte die konjunkturelle Entwicklung weg. Und dies ist seit Beginn 2008 der Fall. Da half auch nichts, dass im ersten Halbjahr die Exportnachfrage mit Plus sieben Prozent noch ganz gut lief.

Der Aufschwung ist wegen der Agendapolitik nie bei den Menschen angekommen. Und wegen der Agendapolitik ist die Binnennachfrage nie aus dem Keller gekommen. So hat die Wirtschaftspolitik zum ersten Mal in der Nachkriegszeit einen Wirtschaftszyklus, einen Aufschwung abgewürgt.

Viele neue Jobs!?

In letzter Zeit kommen von der *Bundesagentur für Arbeit* scheinbar nur noch gute Nachrichten. Monat für Monat wird ein Rückgang der Arbeitslosigkeit vermeldet – selbst noch im Abschwung. Weniger als drei Millionen Arbeitslose werden gezählt und über 40 Millionen Erwerbstätige vermeldet.

Allerdings: „Rund 3,2 Millionen Personen, die derzeit Arbeitslosengeld beziehen, tauchen in der Arbeitslosenstatistik nicht auf,“² so der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Klaus Brandner. Und die Zunahme bei den Erwerbstä-



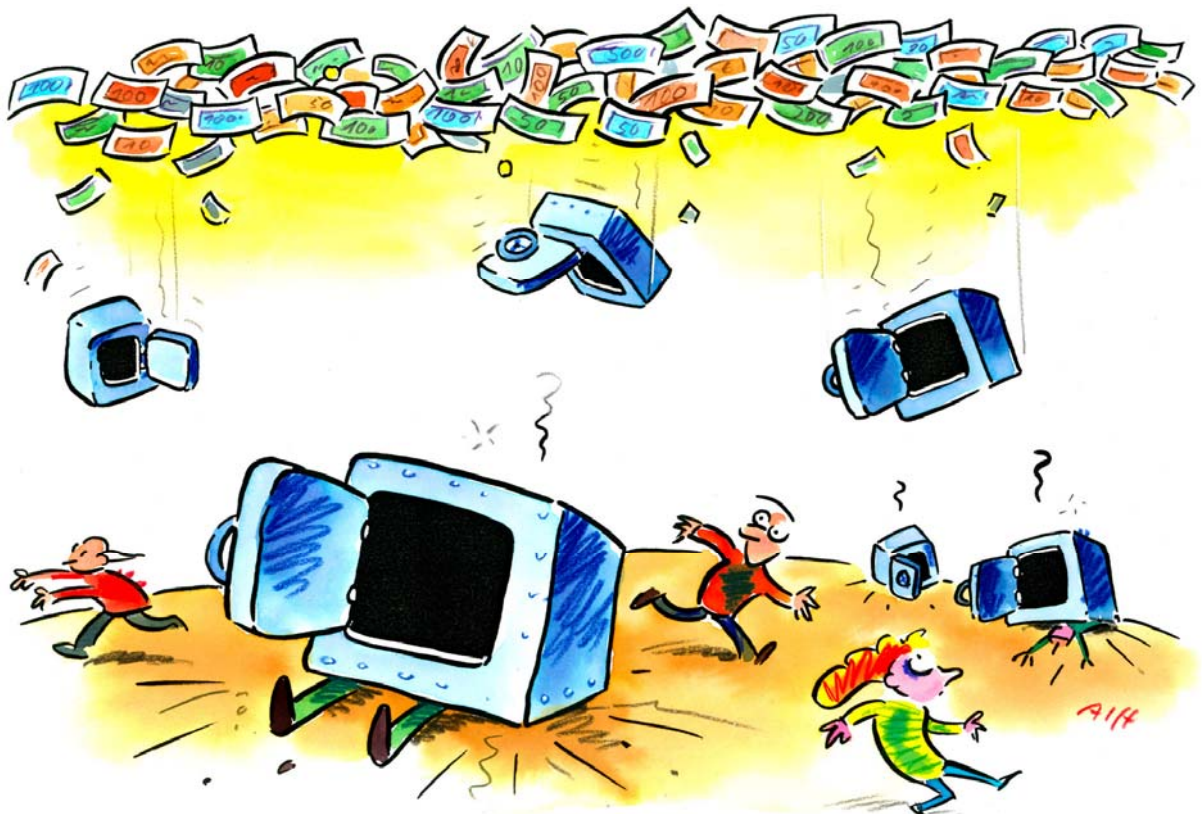
tigen lag mit rund 1,6 Millionen im Aufschwung 1997 bis 2001 ungefähr genauso hoch wie in der Zeitspanne 2003 bis 2008.

Allerdings verbirgt sich hinter der Schaffung neuer Jobs im zu ende gehenden Aufschwung eine massive Verschlechterung. Einen Boom gibt es bei allen möglichen Arten von schlechter Arbeit: Ein-Euro-Jobs plus 300.000, Mini-Jobs plus 500.000, alle möglichen Formen von neuer (Schein-)Selbständigkeit plus 400.000. Und es gab eine massive Zunahme der Leiharbeit um 400.000 auf insgesamt mittlerweile rund 800.000. Die Teilzeit wurde ebenfalls mit 1,2 Millionen Stellen ausgeweitet. Insgesamt ein Plus von 2,8 Millionen bad jobs. Denen gegenüber steht ein Abbau normaler Vollzeitstellen um 900.000.³

Die neu entstandenen Jobs sind viel zu schlecht bezahlt, um eine Wiederbelebung des privaten Konsums zu bewirken. In Wirklichkeit hat die *Agenda 2010* zu einem fatalen Bruch in der wirtschaftlichen Entwicklung geführt: Die Tatsache, dass gleichzeitig von der Politik massiv für den Aufbau einer privaten Altersvorsorge getrommelt wurde und wird, hat zudem die Sparquote weiter steigen lassen. Hierdurch wurde dem privaten Konsum faktisch der Rest gegeben.

Geldschwemme – Grundlage der Finanzmarktkrise

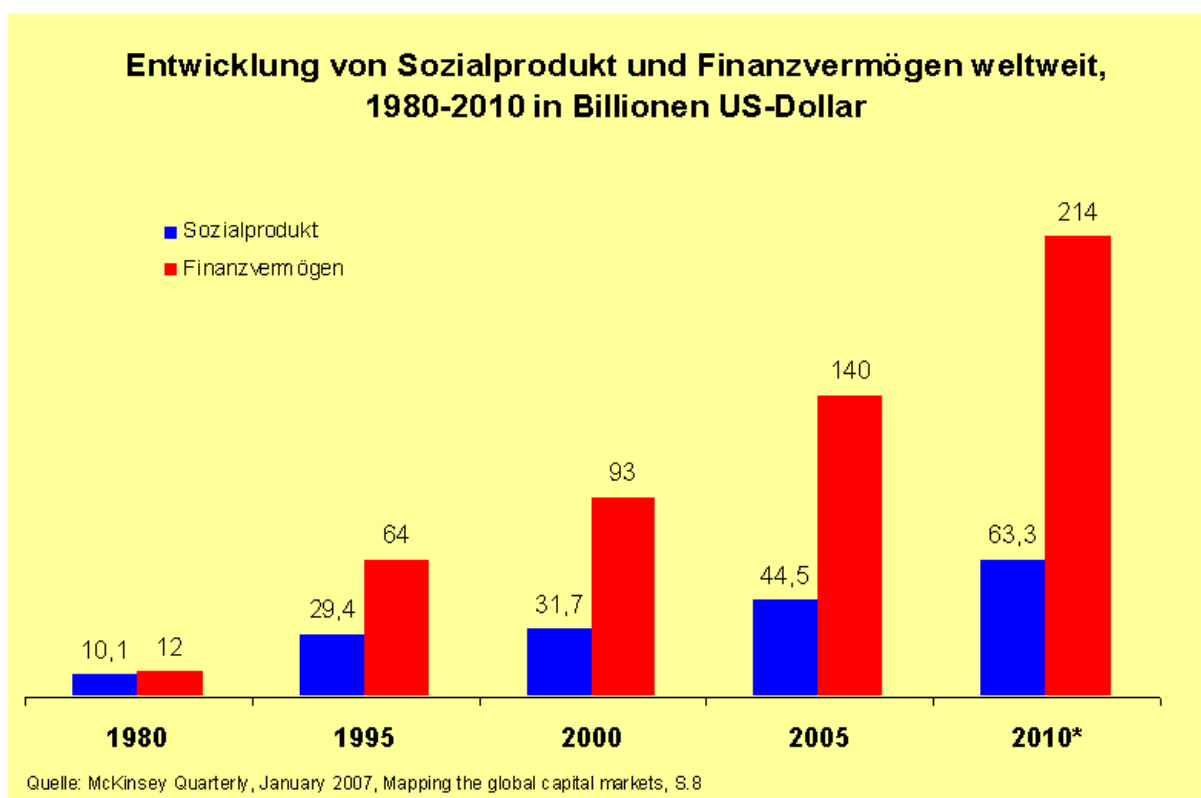
Die Schwäche der Binnennachfrage ist nicht neu. Gleichwohl ist sie in den letzten zehn Jahren besonders ausgeprägt. Im Verhältnis zu den Profiten steigen die Löhne



schon seit Jahrzehnten viel zu wenig an. Selbst wenn man als Maßstab eine Konstanz des Teilungsverhältnisses des jeweils erarbeiteten jährlichen Reichtums zwischen den Unternehmern und den Beschäftigten nimmt – der sogenannte verteilungsneutrale Spielraum aus Produktivitäts- und Preissteigerungsrate – fällt die Bilanz ernüchternd aus. Heiner Flassbeck – ehemaliger Staatssekretär bei Lafontaine – hat gemeinsam mit Friederike Spiecker ausgerechnet, dass die Lohnerhöhungen in den 1980er und 1990er Jahren um rund 20 Prozent zu niedrig waren. Für den Zeitraum 1997 bis 2007 liegt das Minus wiederum bei 20 Prozent. Damit sind allein in den letzten zehn Jahren rund 500 Milliarden Euro zugunsten der Kapitaleseite umverteilt worden. Die Steuerpolitik von Rot-Grün und auch von Schwarz-Rot hat darüber hinaus für eine weitere Umverteilung von unten nach oben in der Größenordnung von 500 Milliarden Euro gesorgt. Damit sind allein in den letzten zehn Jahren der Kapitaleseite rund eine Billion Euro zugeflossen.

Wo sind die geblieben? Der Personenkreis, dem dieser Reichtum zugeflossen ist, ist viel zu klein, dass dieser Betrag auch nur ansatzweise konsumiert werden könnte. Soviele Maseratis, Rolls-Royce und Privatflugzeuge kann man sich gar nicht anschaffen, um eine Billion ernsthaft in Konsum umzusetzen. Der allergrößte Teil dieses Geldes ist zusätzlich in die Finanzmärkte geflossen. Ähnliche Entwicklungen sind in vielen anderen Ländern gelaufen. Und dies ist die entscheidende Ursache für eine wahre Geldschwemme.

1980 betrug das Volumen auf den weltweiten Finanzmärkten gerade einmal zehn



Billionen Dollar. Heute liegt es bei rund 170 Billionen Dollar. Der weltweit geschaffene Reichtum hat sich in dem gleichen Zeitraum von rund zehn auf 60 Billionen Dollar erhöht. Während die Reichtumsproduktion in der Realwirtschaft um das sechsfache angestiegen ist, sind die Finanzmärkte mit dem Faktor 17 aufgebläht worden.

Die Umverteilung von unten nach oben ist eine entscheidende Ursache für die Aufblähung der Finanzmärkte. Jeder Euro, der in Lohnkämpfen nicht durchgesetzt wurde, stärkt das vagabundierende Kapital auf den Finanzmärkten. Jeder Euro, den wir uns nicht erkämpfen konnten, befördert die Anarchie der relativ verselbständigen Finanzmärkte. Jetzt in der Krise schlagen die Turbulenzen auf die Realwirtschaft zurück. Die Finanzmarktkrise hat bis zu einem bestimmten Punkt ihr anarchisches Eigenleben, aber sie ist letztlich nur möglich geworden weil in der Produktionssphäre die Beschäftigten in immer stärkerem Maße enteignet wurden. Große Teile des von ihnen erarbeiteten Reichtums ist ihnen vorenthalten worden. Oder anders ausgedrückt: Die Beschäftigten haben sich nicht hinreichend durchsetzen können, bzw. haben die kapitalistische Verfasstheit der Produktionsweise mit all ihren Verwerfungen hingenommen. Insoweit ist die Finanzmarktkrise eine Krise der Produktionsweise.

Es gibt eine weitere Quelle für die Geldschwemme. Die Privatisierung der Altersvorsorge, vorwiegend in den angelsächsischen Ländern. Aber auch in Deutschland ist dieser verhängnisvolle Weg eingeleitet worden durch Riester. Allein ein Drittel des weltweit angelegten Vermögens steckt in Pensionsfonds – 30 bis 40 Billionen Dollar. In den USA müssen jetzt zwei Generationen von Rentnerinnen und Rentnern befürchten, dass sich ihre scheinbar sicher geglaubten Rentenansprüche zumindest zum Teil in Luft auflösen. Tüten packen im Supermarkt und Kloputzen zum Hungerlohn mit 70 Jahren, das wird für immer mehr alte Menschen die verbleibende Lebensperspektive. Deshalb muss die Privatisierung der Alterssicherung durch Kapitaldeckung gestoppt und umgekehrt werden. Viel besser ist es das solidarische Umlageverfahren zu stärken und auszubauen.

Millionärsteuer – Millionen zahlen Steuern, Millionäre demnächst auch

Das Kernproblem der Finanzmärkte ist schlicht ihre Größe. Diese Kapitalmassen üben Gewalt aus, je größer sie sind: Sie wollen sich verwerten, auf Teufel kommen raus. Je größer die Finanzmärkte, desto größer die Verselbständigung dieser Sphäre gegenüber die Realwirtschaft. Desto größer der gesellschaftliche Schaden, der ange richtet wird. Ohne eine quantitative Beschneidung der Finanzmassen wird auch eine Reregulierung kaum gelingen.

Viel wird über die Notwendigkeit der Reregulierung der Finanzmärkte gesprochen. Gerade auch von Merkel und Steinbrück. Obgleich sie noch vor Kurzem kräftig dereguliert haben. Bislang ist davon auch noch nichts zurückgenommen. „Interessierte

Kreise“ stehen bereits vielerorts auf der Bremse. „Banken fürchten Überregulierung“ titelt das Handelsblatt. Ackermann hat in seiner Eigenschaft als Präsident der IIF, der internationalen Vereinigung der Privatbanken, einen Brandbrief im Vorfeld des G20-Treffens in Washington geschrieben. Tenor: Man solle es mit der Regulierung nicht übertreiben und der Staat müsse nach Überwindung der Krise sich schnell wieder aus den Banken zurückziehen.

Die Zuflüsse auf die Finanzmärkte müssen ausgetrocknet werden. Und dies heißt im Kern Stop der Umverteilung von unten nach oben in der Realwirtschaft. Konkret: Der Kampf um den gesetzlichen Mindestlohn, die Erhöhung des Regelsatzes von Hartz IV, Kampf gegen Leiharbeit und Mini-Jobs sowie deutliche Lohnerhöhungen sind alles Auseinandersetzungen, die auch sehr viel mit dem Kampf gegen die verselbständigten Finanzmärkte zu tun haben.

Und der Bestand der weltweit vagabundierenden Finanzmassen muss durch eine einschneidende Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen angegangen werden. Deshalb brauchen wir die Millionärsteuer. Selbst bei einem großzügigen Freibetrag des Vermögens von einer Million Euro könnte sie bei einem Steuersatz von fünf Prozent 80 bis 100 Milliarden Euro jährlich erbringen. So könnten die Profiteure der Finanzmärkte zur Kasse gebeten werden. Die Millionärsteuer hat gegenüber der seit Jahren gängigen Forderung nach einer Vermögensteuer in den Gewerkschaften und der Linken zwei entscheidende Implikationen:

Mit der Millionärsteuer wird bei einem Freibetrag von einer Million Euro klargestellt, dass es zentral darum geht die wirklich Reichen abzuschöpfen. Und mit einem Steuersatz von fünf Prozent wird deutlich gemacht, dass eine Substanzbelastung gewollt ist, auch wenn sie mit vielleicht zwei Prozentpunkten außerordentlich rücksichtsvoll ist denn Vermögen bringt in der Regel einen Ertrag, aus dem ein Teil der Millionärsteuer gezahlt werden kann. Mit einem Steuersatz von fünf Prozent wird zum Ausdruck gebracht, dass die Umverteilung von oben nach unten wirklich in Angriff genommen wird. Ziel ist die seit Jahrzehnten stattfindende Enteignung der arbeitenden Menschen zu stoppen und umzukehren. Die Botschaft lautet: DIE LINKE kämpft dafür das Geld wiederzuholen, das in den Tarifkämpfen und Sozialkürzungen der letzten 30 Jahre den Menschen vorenthalten wurde! Mit der Millionärsteuer wäre das Geld da um die Bankenrettung zu bezahlen. Denn es ist ja eine schreiende Ungerechtigkeit wenn die Bürgerinnen und Bürger die Zeche zahlen. Obgleich es bislang danach aussieht. Kein Wunder, dass die Verärgerung und Empörung groß ist.

Bis zum 27. September 2009 wird die Rechnung noch nicht aufgemacht; aus naheliegender Grund. Die Kosten der Bankenrettung werden kreditfinanziert. Wenn die Bundestagswahl jedoch ungünstig ausgehen sollte, dann droht die Agenda 2020. Mit

noch massiveren Sozialkürzungen, als wir sie bisher schon kennen. Und der ewigen Litanei, dass durch Ausgabenkürzungen die dann viel höheren Staatsschulden abgebaut werden müssten. Je stärker DIE LINKE wird, desto eher kann diese Gefahr abgewendet werden.

Banken in öffentliche Kontrolle

In Deutschland besteht ein dreigliedriges Bankensystem aus Genossenschaftsbanken, dem öffentlich-rechtlichen Sektor der Sparkassen mit den Landesbanken und dem privaten Bankensektor. Vor dem Hintergrund des Privatisierungswahns, der vor allem auch von der EU vorangetrieben wurde, stand in den letzten Jahren insbesondere der Sparkassensektor unter Druck. Immer wieder gab es Angriffe, die auf eine Privatisierung hinausliefen. 2005 wurde bereits nach jahrelangen Angriffen die Staatshaftung für Sparkassen und Landesbanken – die sogenannte Gewährträgerhaftung – abgeschafft. Die Refinanzierungsbedingungen der öffentlich-rechtlichen Banken haben sich damit verschlechtert. Dies war in den Folgejahren mit ein Grund, weshalb bei den Landesbanken sich eine Tendenz breit macht in risikoreicheres Geschäft einzusteigen. Hinzu kam der allgemeine Konkurrenzdruck gegenüber den Privatbanken, die mit Renditen von 25 Prozent und mehr prahlten. Das war der Hintergrund weshalb Vorständen und Politikern in den Aufsichtsgremien von Landesbanken plötzlich nur noch Euro-Zeichen im Auge leuchten und man sich kräftig verzockte. Mit Milliardenverlusten.

Ein Hort der Stabilität blieben aber die über 400 Sparkassen; inklusive einzelner schwarzer Schafe. Sie haben in Deutschland über 50 Millionen Kundinnen und Kunden. Wenn man den ganzen Sparkassenverbund zusammennimmt, dann handelt es sich hierbei um die größte Bank der Welt. Sie ist vor allem deshalb so stabil, da die Sparkassen sich überwiegend bei ihren Millionen von Klein-, Mittel und Großsparern refinanzieren. Wenn sich bestimmten Bereichen der Realwirtschaft die Auswirkungen der Finanzmarktkrise begrenzt bleiben sollten, dann haben wir das dem Universalbankensystem und vor allem den Sparkassen und Genossenschaftsbanken mit ihren Millionen Kleinsparern zu verdanken. „Dass es in Deutschland nicht (zumindest nicht bis zum 25. September 2008; d.V.) zu einer Kreditklemme gekommen ist, haben wir vor allem den Sparkassen zu verdanken, die in den ersten Monaten dieses Jahres sogar mehr Kredite ausgegeben haben als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.“⁴

Banken sollen Mittler sein für das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft. Im Kern ist es die Aufgabe der Banken bei Millionen von Sparerinnen und Sparern Geld ein-

⁴ BM der Finanzen, Peer Steinbrück, Regierungserklärung zur Lage der Finanzmärkte, 25. September 2008

zusammeln und es Unternehmen zu leihen, damit diese investieren und wachsen können. Insoweit ist Bankdienstleistung Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Und diese Funktion wird von den Sparkassen, darüber hinaus auch von den Genossenschaftsbanken erfüllt. Insofern kann man nur froh sein, dass die Offensiven zur Privatisierung bislang abgewehrt werden konnten.

Heute stellt sich die Sache ohnehin ganz anders dar. Der private Bankensektor hat abgewirtschaftet und seine historische Überlebtheit ist offensichtlich. Deshalb muss der Diskurs umgedreht werden: Der private Banken- und Kreditbereich gehört in öffentliche und gemeinwirtschaftliche Kontrolle. So wie die Sparkassen und Genossenschaftsbanken dies ohnehin schon sind. Plakativ könnte man formulieren: Die Sparkasse ist die Deutsche Bank!

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Es geht nicht um bloße Verstaatlichung. Zentral ist eine demokratische Kontrolle und Ausrichtung der Geschäftspolitik der Banken auf die Erfordernisse der Bevölkerung und der Realwirtschaft. Es muss Schluss damit sein, dass auch in öffentlichen Landesbanken mitgezockt wird. Hierfür brauchen wir Regulierung und gesellschaftliche Kontrollen. Diese werden aber erst ausreichend möglich, wenn die Macht des privaten Bankensektors gebrochen ist.

Genau davor scheut aber die Bundesregierung zurück. Auch das Bankenrettungspaket sieht nur im äußersten Notfall einen eigentumsmäßigen Einstieg des Staates vor.⁵ Zu Recht kritisiert der DGB in seiner Stellungnahme dies: „Darüber hinaus soll ... die Teilverstaatlichung notleidender Finanzinstitute ... möglichst in Form von Beteiligungen mit mindestens 25,1% erfolgen. Nur auf diesem Weg hat der Staat auch die Kontrolle über die Geschäftspolitik der übernommenen Bank. ... Darüber hinaus darf die Dauer der Rekapitalisierungsmaßnahmen nicht begrenzt werden. ... Die Setzung des konkreten Datums 31.12.2009 ist in Anbetracht einer unsicheren Zukunft kontraproduktiv.“ Die britische und die amerikanische Regierung sind da viel pragmatischer. US-Finanzminister Paulson hatte zwar erklärt, dass er nie Verstaatlichungen zustimmen würde um zwei Wochen später in ruppiger Cowboy-Manier die neun größten US-Banken teilweise zu verstaatlichen.

Die Kanzlerin proklamiert immer wieder: „Wir müssen alles dafür tun, dass eine solche Krise nie wieder eintritt.“ Dieser Zielbestimmung kann man nur zustimmen. Jedoch stellt sie sich vor mit ein bisschen „Transparenz“ und ein bisschen „Regulierung“ könne ausreichend vorgesorgt werden. Dies ist eine Illusion. Für eine wirklich

⁵ Finanzmarktstabilisierungsgesetz, § 6 Rekapitalisierung, Ziff. 2: „... Eine Beteiligung durch den Fonds soll nur dann erfolgen, wenn ein wichtiges Interesse des Bundes vorliegt und der vom Bund angestrebte Zweck sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen lässt. ...“

nachhaltige Regulierung ist Voraussetzung, dass die relative Verselbständigung und Aufblähung der Finanzmärkte zurückgeführt und dass der Banken- und Kreditsektor in öffentliche Kontrolle überführt wird. Zusätzlich muss dies unterlegt sein mit einer Reorganisation und Revitalisierung der sogenannten Realwirtschaft.

Konjunkturprogramm

Ein erster Schritt hierzu ist ein Sofortprogramm zur Stärkung der Binnennachfrage.

- Für die Gewerkschaften gibt es keinen Grund in anstehenden Tarifrunden sich wegen der Krise zurückzuhalten. Gerade wegen der Rezession sind jetzt deutliche Steigerungen der Tarifeinkommen notwendig. Gleichwohl werden die Kampfbedingungen in Anbetracht von Kurzarbeit, drohenden Entlassungen und allgemeiner Verunsicherung schwieriger.
- Der Niedriglohnsektor muss trockengelegt werden. Entscheidend hierfür ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8 Euro sofort, der in schnellen Schritten auf 10 Euro steigt. So kann die Binnennachfrage um 11 bis 18 Milliarden Euro gestärkt werden. Bei einem wie in Frankreich üblichen Mindestlohn von 8,71 Euro stünden den betroffenen Beschäftigten zusätzliche 13 Milliarden Euro für die Bestreitung ihres Lebensunterhalts zur Verfügung. Entsprechend würde die Binnennachfrage gesteigert. Darüber hinaus müssen Mini-Jobs und Leiharbeit zurückgedrängt und beseitigt werden. Wenn der freie Fall der Löhne am unteren Ende gestoppt wird, werden auch die Lohnstrukturen nicht weiter wegrutschen.
- Das Arbeitslosengeld II muss gerade jetzt auf 435 Euro steigen. Dies würde die Lebenslage der Betroffenen deutlich verbessern und die konsumtive Binnennachfrage um sieben Milliarden Euro stützen.
- Die alte Rentenformel muss wiederhergestellt werden. Dazu gehört, dass die bislang den Rentnern und Rentnerinnen seit 2002 vorenthalten Rentenerhöhungen – im Wesentlichen die sogenannte „Riester-Treppe“ – sofort nachgezahlt werden. Dies wäre zusätzlich zu der bereits gezahlten Erhöhung von 1,1 Prozent eine Erhöhung von drei Prozent. Die Binnennachfrage würde hierdurch um sieben Milliarden Euro gestärkt.

Durch diese Sofortmaßnahmen ließe sich innerhalb von wenigen Monaten die Binnennachfrage um knapp 30 Milliarden Euro stärken.

Von Seiten des Staates muss ein Zukunftsinvestitionsprogramm in der Größenordnung von 50 Milliarden Euro umgesetzt werden! Wir brauchen 25 Milliarden Euro mehr für Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen. Weitere 25 Milliarden Euro sind für Investitionen in die Infrastruktur vorzusehen, damit Gebäude, Brücken, Straßen, das Abwassersystem und vieles andere wieder in Ordnung kommt. Die öffentliche Hand muss wieder eine bessere Versorgung der Bevölkerung sicherstellen. Es



muss Schluss sein mit der Entstaatlichung. Die Staatsquote liegt mittlerweile unter der von Großbritannien.

Relativ kurzfristig können dabei folgende Maßnahmen angegangen werden:

- 15 Milliarden Euro Mehrausgaben zum Ausbau der Ganztagschulen, der Sanierung von Schulen und für eine Verbesserung der Hochschulbildung.
- Vier Milliarden Euro für eine Energiewende mit den Bereichen Energiesparfonds, Förderung erneuerbarer Energien und CO₂-Gebäudesanierung, die vor allem einkommensschwachen Familien zukommen soll.
- Acht Milliarden Euro im Bereich Verkehr und Infrastruktur für eine kommunale Investitionspauschale, zur Förderung strukturschwacher Regionen, den Ausbau des ÖPNV und den Sanierungsbedarf bei Brücken, Straßen und dem Ausbau der Schiene.
- Fünf Milliarden Euro im Bereich Gesundheit zur Beseitigung des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern sowie für Prävention und Gesundheitsförderung.

Das Zukunftsinvestitionsprogramm ist mehr als eine kurzfristige Konjunkturstütze, gleichwohl ist es ein wichtiger Beitrag um die wirtschaftliche Entwicklung zu stützen. Im vollen Volumen lässt es sich innerhalb von vier Jahren umsetzen. Wachstumsimpulse von drei Prozent und eine Million Arbeitsplätze sind möglich und notwendig.

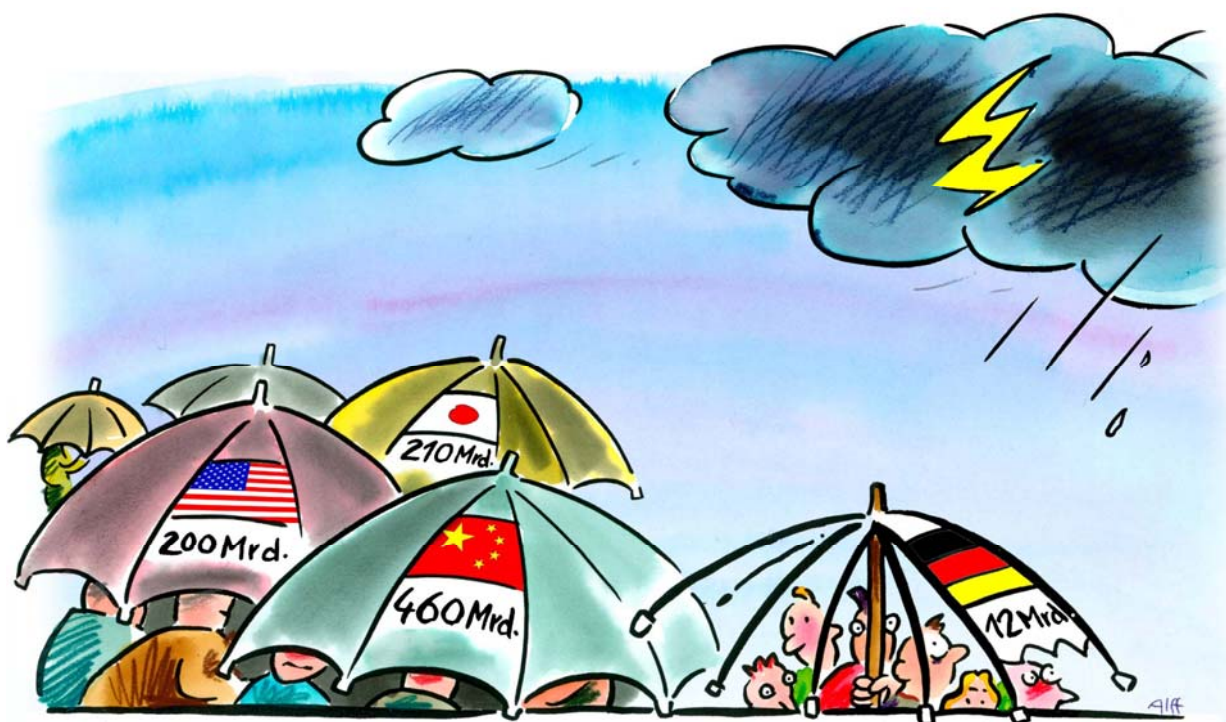
Die im Sofortprogramm der Linken vorgesehenen Lohnerhöhungen sind von den Unternehmen zu finanzieren. Zusätzliche Ausgaben der öffentlichen Hand, insbesondere im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms müssen zunächst kreditfinanziert auf den Weg gebracht werden. Unverzüglich sind in der Steuerpolitik jedoch Weichen

zu stellen, dass die Mehrausgaben durch die stärkere Besteuerung von Reichen und Vermögenden gegenfinanziert werden. Hierzu ist unter anderem die Besteuerung von Aktiengesellschaften und GmbHs wieder deutlich zu verstärken und eine Finanztransaktionsteuer einzuführen, die eine weiter entwickelte Börsenumsatzsteuer ist. Mit der Millionärsteuer, die allein 80 bis 100 Milliarden Euro erbringt, können neben den Kosten der Bankenrettung auch Aufwendungen für das Zukunftsinvestitionsprogramm mit finanziert werden.

„Schutzschirm für Arbeitsplätze“?

Mit der Forderung nach Stärkung der Binnennachfrage und einem Konjunkturprogramm stehen Gewerkschaft und DIE LINKE nicht mehr allein. Selbst der Sachverständigenrat, der eigentlich ein Hort neoliberaler Weisheiten ist, hat sich für ein nachfrageorientiertes Konjunkturprogramm in der Größenordnung von 25 Milliarden Euro ausgesprochen. Das ist zumindest immerhin schon einmal soviel, wie der DGB fordert.

Auch in vielen anderen Ländern haben die Regierungen die Risiken für die Realwirtschaft erkannt und legen großdimensionierte Programme auf. In China wird ein gigantisches Konjunkturprogramm in Höhe von 457 Milliarden Euro eingesetzt um die Binnennachfrage zu stärken und die Exportabhängigkeit zu verringern. Zentral sollen die Infrastruktur und die Sozialleistungen verbessert werden. Und die japanische Regierung legt innerhalb eines Monats ihr zweites Konjunkturprogramm mit 210 Milliarden Euro Umfang auf. In den USA ist ein weiteres Konjunkturprogramm sicher. Es dürfte 100 bis 200 Milliarden Dollar groß sein zur Förderung neuer Arbeitsplätze, Hilfen für Städte und Gemeinden und zusätzlich Infrastrukturmaßnahmen. Alle drei Länder werfen rund 800 Milliarden Euro in die Wirtschaft um diese wieder auf Trab zu bringen.



Und was soll man da zu den Heldentaten der deutschen Regierung eigentlich sagen? Der von Kanzlerkandidat Steinmeier vollmundig versprochene „Schutzschirm für Arbeitsplätze“ beläuft sich 2009 auf vier Milliarden Euro und 2010 bestenfalls auf sechs Milliarden Euro! Dabei ist Deutschland bereits in (!) der Rezession. Der von der Bundesregierung beschlossene Schutzschirm ist so löcherig, krumm und schief, dass er vor Regen und auch nicht vor den Unbilden der Konjunktur Schutz bietet.

50 Milliarden Euro soll das deutsche „Konjunkturpaket“ angeblich schwer sein. Eine reine Phantasiezahl. Die sich möglicherweise ergebenden privaten Investitionen werden als hoffnungsfrohes „Konjunkturpaket“ verkauft. Eingerechnet wurden sogar bereits beschlossene Entlastungen von Familien und auch die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung. Das ist reine Scharlatanerie. Man reibt sich verwundert die Augen: Zehn Milliarden Euro, das ist gerade einmal ein Vierzigstel des gesamten Bankenpaketes! Beim „Schutzschirm“ für die Beschäftigten wird geknausert und getrickst.

Auch der Inhalt des „Konjunkturpaketes“ ist eine Mogelpackung. Zwar sind die energetische Gebäudesanierung und eine bessere Infrastruktur sinnvoll. Jedoch sollen sie gerade einmal mit jeweils einer (!) Milliarde Euro jährlich zusätzlich gefördert werden. Das Schwergewicht des „Konjunkturpaketes“ besteht vor allem in steuerlichen Erleichterungen und Zinsvergünstigungen für Unternehmer und Hausbesitzer. Volltreffer! Drei Kilometer neben dem Ziel. Erneute Verbesserungen der Angebotsbedingungen und der Gewinnförderung der Unternehmer sind überflüssig.